

Die Tagung des Völkerbundesrates.

Die Reise v. Schuberts nach San Remo.

+ Berlin, 1. März. Es bestätigt sich, daß Staats-
reißer v. Schubert sich heute abend nach Sa-
em begeben wird, um mit dem Reichsminister Dr.
Treßmann noch vor der Genfer Völkerverbündungs-
famienzusammen. Er wird von dort aus direkt
auf Genf reisen. Heute mittag hatte Staats-
reißer v. Schubert noch eine Aussprache mit dem
Reichskanzler Dr. Marx. Die deutsche Vertretung
im übrigen noch nicht endgültig zusam-
engelegt ist, wird unter der Führung von Mini-
sterdirektor Gauß und dem Leiter der Völkerverbündungs-
teilung im Auswärtigen Amt, Geheimrat v. Bü-
low, heute und Freitag abend Berlin verlassen.

Nür Deutschland wichtig sind zwei Punkte der Tagesordnung, eine Saar- und eine ober-
teilsche Frage. Weltanlich ist in der Regie-
gungskommission des Saargebiets durch den Minister
Stanarders Stephan der Präsidentenstich frei
worden. Außerdem handelt es sich darum, das bis-
ige belgische Mitglied der Kommission M. Lam-
ri durch einen Neutralen zu ersetzen. Zwar ist
in menschlich gegen Lambers Person nichts einzu-
wenden, aber durch seine frühere Eigenschaft als Mi-
nistratich in Paris ist er so einseitig pro-
näratisch eingestellt, daß es ihm unmöglich zu
scheint, die Dinge anders als durch die fran-
sische Brille zu betrachten. Was die Nachfolge des
assidenten angeht, so muß vom deutschen Standpunkt
s darauf gedrungen werden, daß, wenn nicht das
sige deutsche Mitglied der Kommission, Herr C. Oh-
nn, dann wenigstens ein Neutraler Nachfolger von
Stephan wird.

Daneben kommt die Frage der französischen Truppen im Saarlande zur Debatte. Der Völkerrundrat hat schon so oft die Zurückziehung der französischen Truppen verlangt, daß es für ihn nachgerade eine Prestige-Frage ist, dies Verlangen durchzusetzen. Die Franzosen haben nun den Ausweg gefunden, sich zwar zur Zurückziehung der eigentlichen Truppen bereit zu erklären, aber einen militärischen **Polizeistapel** in Höhe von 800 Mann zu fordern. Dies käme im Effekt darauf hinaus, daß dieselben französischen Truppen, nur unter einer anderen Firma, im Lande bleiben. Nach den in anderen Industriegebieten, so im Ruhrgebiet, in Sachsen u. dergl. üblichen **Polizeivorgangsorganisationen** wäre für das Saargebiet ein **Polizeiaufwandskorps** von nicht mehr als 80 bis 100 Mann angemessen. 800 Mann ist eine völlig unbillige Zahl.

Der zweite und interessirtere Verhandlungsgegenstand ist der Streit um das Recht der in Polnisch-Obergalizien lebenden Eltern, ihre Schulkinder nach freier Wahl in die deutschen Schulen zu schicken. Bekanntlich haben sehr viele sog. Wasserpolaken in diesem Landstrich ihre Kinder in die deutsche Schule entsandt, offenbar, weil sie sie für besser als die polnische halten. Die polnische Regierung vertritt den Standpunkt, daß die fraglichen Eltern Nationalpolen seien und deshalb kein Recht hätten, sich für die deutsche Schule zu entscheiden. Allein der polnische Standpunkt ist in doppelter Hinsicht unhaltbar. 1 handelt es sich hier nicht um eigentliche Polen, sondern eben um die sogenannten Wasserpolaken, eine nationale Mischrasse, deren Kinder auch bis zum Schulbesuch weder ein reines Deutsch, noch ein reines Pol-

haben die monarchistischen Strömungen gewaltig abge-
 ebbt, namentlich seitdem die Deutschnationalen die
 Verfassung und die Wege und Ziele der deutschen
 Außenpolitik anerkannt haben. In diesem Punkte sollte
 der Liberalismus also seine Hoffnung nicht überspan-
 nen. Und was das Bestreben anbetrifft, die Wirt-
 schaftspolitik der Deutschen Vollparität und der De-
 monstranten mehr als bisher in Uebereinstimmung zu
 bringen und auf diesem Gebiete eine Fällung zu ha-
 sten, um ein Gegengewicht zu dem erstarrten Zentrum
 zu schaffen, so braucht man nur auf die scharfen Ge-
 gensätze zwischen den beiden liberalen Parteien hin-
 zuweisen, um ihm nur geringe Bedeutung beizumessen.

Die Hauptschwierigkeiten, welche dem Abschluß einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Zentrum und Bayerischen Volkspartei entgegenstehen, bieten, wie gesagt, die Verhältnisse in der Pfalz. Dort besitzen beide Parteien ziemlich gleich starke Organisationen mit eigenen Zeitungen. Der Zwiespalt zwischen den beiden Bruderparteien hat sich gerade hier am unangenehmsten ausgewirkt. Aber die Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich, vielmehr eröffnen bei dem guten Willen, der auf beiden Parteien besteht, auch hier die Verhandlungen gute Aussichten. Wenn jede Partei auch ihre Selbstständigkeit behält, stellt die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiden Reichsorganisationen doch einen vorheuchungsvollen Anfang zu politischer Einigung des deutschen Katholizismus dar. Das ist um so mehr zu begrüßen, als in unserem politischen Leben der Liberalismus vorwiegend sich wieder zu regen beginnt.

nisch, sondern die unter der Bezeichnung Wasserpolakisch bekannte Mischsprache sprechen. 2. würden diese Eltern, selbst wenn sie zweifelsfreie Polen wären, nach den geltenden internationalen Abmachungen das unbefreibare Recht haben, ihre Kinder trotzdem in die deutschen Schulen zu schicken. Das geltende Recht ist in diesem Falle traglos auf deutscher Seite. Der Völkerverbund hat zum Studium der Frage vor einigen Monaten den Sektionschef für die Minderheitenfrage im Generalsekretariat, den Norweger Solbå, nach Oberschlesien entsandt. Es scheint das Bestreben des Völkerverbundssekretariats zu sein, die beiden streitenden Parteien für eine Kompromißlösung zu gewinnen. Da aber bei jedem denkbaren Kompromiß Polen allein der Gewinne und Deutschland allein der Gebende sein würde, so ist nicht abzusehen, wie die deutschen Vertreter es vor sich beantworten könnten, sich auf irgend ein Kompromiß einzulassen.

Die Kommissionsfiktionen.

× Genf, 1. März. Das Finanzkomitee des Völkerverbundes, das am 3. März zusammentritt, wird diesmal eine Reihe von wichtigen Fragen zu behandeln haben, u. a. die wirtschaftlichen Notdramen, die sich in den Mitgliedstaaten des Völkerverbundes auf Grund des Artikels 16, ferner den Vorschlag der finnländischen Regierung, der finanzielle Hilfsmittel für die kleineren Staaten ohne eigene Kriegsausführung im Falle eines Angriffs fordert, ferner die griechische und bulgarische Flüchtlingsanleihe und die Währungsreform, ferner die Finanzlage Estlands. Von besonderer Bedeutung werden die Verhandlungen des Finanzkomitees über die finanzielle Lage der Stadt Danzig, sowie die Aufnahme einer Danziger Ziemerungsanleihe, deren Empfehlung der Völkerverbund erst im Dezember von der Einigung zwischen Danzig und Polen in der Frage des Zollabkommens und des Zollamteposels abhängig gemacht hatte.

Im März treten folgende Kommissionen zusammen: am 28. März ein Sachverständigenkollegium für die internationalen Durchführung nichtkernkraftlicher Energiebezug, am 22. März ein Komitee für die Codifizierung des internationalen Rechtes, am 14. März das Ingenieurkomitee des Völkerverbundes und schließlich am 23. März ein Komitee für intellektuelle Zusammenkünfte und Jugendfürsorge. Am 14. März tritt das Rotakomitee zur Prüfung der Maßnahmen bei Arzeneiforschung auf Grund des Artikels 1 zusammen. Am gleichen Tage beginnt die Kommission für die Vorbereitung der Waffenkonferenz ihre Beratungen. Am 16. März tritt die Sachverständige Unterkommission V der Abrüstungskonferenzen zusammen, die am anschließend am 21. März die zusammenfassenden Abrüstungskonferenzen folgen wird. Am 23. März werden Amerika einbezogen werden. Man erwartet, daß die vereinigten Abrüstungskonferenzen infolge des Vorstands der Vereinten Nationen Großbritanniens die Vorbereitungen für die Welt-Abrüstungskonferenzen erheblich beschleunigen und unabhängig vom März bereits zu der Ausarbeitung eines geistreichen Arbeitsprogrammes für die Weltabrüstungskonferenz gelangen wird.

Die Abrüstungskonferenz.

3 London, 1. März. Wie Reuter erfährt, wird Chamberlain, nach am Sonnabend nach Genf gegeben. Die Reuter weitersteht, wird hinsichtlich des Abrüstungsvorschlags, das Präsidenten Coolidge angenommen, das gegen Ende des Sommers eine ernsthafte Entscheidung zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan möglich sein wird. Es wird erwartet, daß der Völkerbundrat seine Arbeiten Ende nächster Woche abschließen wird. Dagegen rechnet man mit einer mehrwöchigen Dauer der am 21. März zusammen tretenden Abrüstungskonferenz.

und seinen Einfluß auf die Kulturpolitik im Reich und in den Ländern wiederzugewinnen sucht.

Die Opposition der Deutschkonser- vativen Partei.

Von unserer Berliner Redaktion.

◆ Berlin, 1. März. (Fig. Drah16.)

Wenn nicht alle Zeichen trügen, so werden sich in der nächsten Zeit afterband interessante Dinge im Lager der Deutschnationalen Volkspartei abspielen. Der weitere Vorstand der Deutschnationalen Partei trat am 23. Februar in Berlin unter dem Vorsitz des Grafen v. Helldorf-Sandrecki zusammen, billigte einstimmig die vom Vorsitzenden unter dem 7. Januar 1927 veröffentlichte Erklärung und fasste nach eingehender Aussprache einstimmig folgende Entschliessung:

Wir Konserverbilden stehen in unbeirrbarer Treue zum monarchischen Gedanken und zum angestammten Herrscherhaus. Wir kennen den Willen zur Befreiung und zu einer Außenpolitik, die durch Würde sich Achtung gewinnt. Die Deutschkonservative Partei hat sich bei ihrer selbstlosen Mitarbeit in der Deutschnationalen Volkspartei volle Selbständigkeit ausdrücklich bewahrt. Sie fordert die konserverbilden Kreise, aus denen in diesen Tagen zahlreiche dankenswerte Kundgebungen eingegangen sind, auf, im Hauptverein der Deutschkonserverbilden in Berlin und seinen Zweigvereinen in den Provinzen das Nachmittags zu schaffen, um bei kommenden Wahlen unsere Forderungen zur Geltung zu bringen. Die Stunde verlangt nach konserverbilden Kräften. Sie soll uns wachsen finden und bereiten. Unverändert wie unsere Ideale und unsere Grundgedanken

unserer Parole: Mit Gott für König und Vaterland. Mit Gott für Kaiser und Reich."

Diese Entschließung löst zwar verschiedene Deutungen zu, aber über einen Punkt schaffe sie vollkommene Klarheit: In den Reihen der deutschnationalen Volkspartei, deren Reichstagsfraktion sich durch die Regierungserklärung verpflichtet hat, „für den Schutz, die Achtung und die Ehre unserer geltenden Verfassung in ihrer Gesamtheit, ihren Organen und ihren Reichsfarben mit Tatkraft einzutreten“, liegt noch ein Häuslein Unentwegter, die den Blick von der Vergangenheit nicht abzuwenden vermögen. Einem christlichen Menschen muß man niemals seine Ueberzeugung in Abrede stellen. Die Ehrlichkeit vorausgesetzt, mögen die Deutschnationsverbunden getrost auch fernerhin für eine Wiederehrdung der Monarchie des Kaisers Hohenzollern schwärmen. Wenn sie dies aber tun, so haben sie nichts bei der deutschnationalen Volkspartei zu suchen, sondern müssen aus ihrer Ueberzeugung auch die richtigen Konsequenzen ziehen. Mit einem Doppelspiel können wir uns nie und nimmer befassen. Es liegt uns fern, der deutschnationalen Reichstagsfraktion auch nur irgendwelche Vorstärken machen zu wollen. Sofern jedoch **Frz Bestary** darauf legt, daß sein nun einmal für sich und seine Fraktion gegebenes Wort wie ein Felsen aus Erz dahleht, so wird er nicht an der Aufgabe vorbeikommen, beim Wiedereintritt des Reichstages seinen Fraktionskollegen die Frage zu unterbreiten: Wie hältst Du es mit der Deutschnationsverbunden Partei? Sehr viele deutschnationale Abgeordnete werden es zu voraussetzungslos nicht sein, die sich zu einem solchen politischen Gebilde mit bloßem Scheindasein bekennen. Sollte es aber eine oder andere doch tun, so wird er auch wohl den Mannesmut aufbringen, um außerhalb der deutschnationalen Reichstagsfraktion seinen Ideen zu huldigen.

Die Beiprothungen in der deutsch-polnischen Frage.

Die augenblicklichen Besprechungen in der deutsch-polnischen Frage haben bezweckt, einen Weg zu finden, auf dem es möglich ist, die Handelsvertragsverhandlungen wieder aufzunehmen. Die Unterbrechung erfolgte bekanntlich wegen der Ausweifungspraxis der polnischen Behörden, die aus dem überfüllten polnischen Staatsgefängnis zu erklären ist. Außerdem beschloß man, seinen der Polen nach den bisherigen Erfahrungen ableitenden, alle Prozeßmöglichkeiten vor dem Haager und dem Locarno-Schiedsgericht zu vermeiden. Die bisherigen Besprechungen haben nun zu einem Einverständnis darüber geführt, daß ein Verfahren gesucht werden soll, das die polnische Souveränität intakt läßt, aber doch zu einer Aufhebung der bisherigen Praxis der Ausweifungen führt. Die Formel eines solchen Übereinkommens ist noch nicht gefunden. Sie ist auch außerordentlich schwierig. Man rechnet aber damit, daß die Verhandlungen, die nach der sicher zu erwartenden Generalzusammenkunft zwischen dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann und dem polnischen Außenminister Jazewski stattfinden werden, zu einer Einigung führen können. Wenn damit die Voraussetzungen dafür gegeben sind, daß keine neuen Störungen eintreten, dürften die Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen werden. Im übrigen beruhen die Polen, die vier Ausweifungen, die zu der Unterbrechung der Handelsvertragsverhandlungen führten, auf eine Kleinigkeit hinauf. Es handelte sich aber entgegen der polnischen Darstellung um keine bestimmte. Sie würden zum mindesten unter die Kategorie von Personen fallen, die nicht ausgewiesen werden dürfen, wenn die Vereinbarungen zugrunde gelegt werden, die vor der Unterbrechung der Handelsvertragsverhandlungen bereits getroffen waren.

Die Rybniker Kommunalwahlen ungültig.

◆ **Kattowitz, 28. Febr.** Die Kommunalwahlen in Kattowitz vom 14. November 1926 wurden für ungültig erklärt. Neuwahlen sollen im Mai stattfinden.

Verbot einer deutschen Zeitung in Oberschlesien.

☒ Kattowitz, 1. März. Die in Deuthen erscheinende
Oberschlesische Zeitung" ist auf die Dauer von
zwei Jahren für das polnische Staatsgebiet ver-
boten worden.

Zu der Komreise der deutschen Schwerindustriellen.

1) Rom, 1. März. Die Reise Fritz Thyffens und Generaldirektor Böger nach Rom hat bekanntlich zu Vermutungen Anlaß gegeben, die weit über die Reichs- sowohl Thyffens wie der italienischen Interessenten hinausgehen. Die Reise hatte nur den Zweck, einen persönlichen Kontakt zwischen einem der führenden deutschen Industriellen und Verantwortlichen des italienischen Wirtschaftsebens herbeizuführen, ohne das schon bestimmte Vorschläge gegenseitig ausgetauscht werden sollten. Daher ist auch die Nachricht vom Beitritt italienischer Industrieller zum Stahlkartell mindestens verfräht. Diese nimmt ebenso wie jede andere Möglichkeit einer Mitarbeit den besonderen italienischen Verhältnissen entsprechend nur nach eingehenden Detailvorarbeiten zu praktischen Ergebnissen führen. Auch der Empfang der Industriellen bei Mussolini hatte privaten Charakter, nachdem Mussolini den Wunsch geäußert hatte, beide Herren persönlich kennen zu lernen.

[illegible]

